



Antrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW

Wintermoratorium für Abschiebungen in süd-osteuropäische Länder

Der Landtag wolle beschließen:

Der Innenminister wird gebeten sicherzustellen, dass während des Winters 2013/2014, mindestens aber bis zum 1. April 2014 keine Angehörigen von ethnischen Minderheiten in süd-osteuropäische Länder, insbesondere Balkan-Staaten abgeschoben werden, in denen ihnen Diskriminierung und mangelnde Grundversorgung droht.

Begründung:

Eine große Zahl der Schutzsuchenden in Schleswig-Holstein stammt aus den Nicht-EU-Staaten Serbien und Mazedonien, hiervon bildet die ethnische Minderheit der Roma die größte Gruppe. In ihren Herkunftsländern sind sie einer Diskriminierung ausgesetzt, in deren Folge ihnen der Zugang zu medizinischer Versorgung, menschenwürdigem Wohnraum, Bildung und zum Arbeitsmarkt weitgehend verschlossen bleibt. Staatliche Leistungen aus den jeweiligen Sozialsystemen dieser Länder sowie die nationalen und europäischen Strategien und Mittel zur Bekämpfung der Diskriminierung in EU-Ländern und Beitrittskandidaten vermögen es noch nicht, den Betroffenen ausreichenden Schutz zu gewähren oder zumindest die diskriminierungsbedingten Nachteile abzumildern.

Infolge dieser Situation sind die Betroffenen in den Wintermonaten akut in ihrer Existenz bedroht, da insbesondere die katastrophalen Wohnverhältnisse und fehlenden Verdienstmöglichkeiten die ausreichende Versorgung mit Nahrung und Wärme gefährden.

Aus diesem Grunde wird die Landesregierung gebeten, während der kommenden Wintermonate keine Angehörigen ethnischer Minderheiten in diese Gebiete abzuschicken, um ihr Leben nicht zu gefährden.

Serpil Midyatli
und Fraktion

Eka von Kalben
und Fraktion

Lars Harms
und die Abgeordneten des SSW